

Angela Wigger und Laura Horn

Neoliberale Industriepolitik im sozialen Schafspelz Ein Nachruf auf die Europäische Sozialdemokratie

Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019 mussten sozialdemokratische Parteien einen herben Verlust an Parlamentssitzen hinnehmen. Die sozialdemokratische Fraktion verlor insgesamt 39 davon, nach dem Brexit werden noch zehn weitere folgen. Viele BeobachterInnen zeigen sich ratlos angesichts des Niedergangs der Sozialdemokratie innerhalb der Europäischen Union (EU). Manche erklären sich diese Entwicklung mit den Sorgen der Mitte-Links-WählerInnen und dem Aufstieg rechtspopulistischer wie auch neo-faschistischer Bewegungen und Parteien, die eine ausgesprochen euroskeptische oder gar Anti-EU-Position vertreten (Pauly 2018). Andere sehen im Niedergang ein Paradox: Während die sozialdemokratischen Parteien das europäische Projekt entschieden unterstützen und „mehr Europa“ fordern, ist es gerade dieses Projekt, das ihre Wahlerfolge am meisten zu gefährden scheint (Holmes/Lightfoot 2014: 228). Aus der Perspektive einer kritischen politischen Ökonomie ist dieses scheinbare Paradox leicht aufzulösen, wenn man die Dissonanz zwischen den sozialdemokratischen Versprechen für einen wirtschaftspolitischen Wandel und der auf der Ebene der EU tatsächlich verfolgten Politik in Betracht zieht. So sind die Mühen der Sozialdemokratie als Nachbeben des Scheiterns der Politik des Dritten Weges zu verstehen, einer Politik, die sich von Anfang an mit der im Wesentlichen neoliberalen Agenda der EU arrangiert hat und damit die traditionelle sozialdemokratische Politik mit ihrer programmatischen Verankerung im Sozialstaat und einer progressiven Arbeitsmarktpolitik für unbestimmte Zeit aufgegeben hat (Bailey u.a. 2014). Zwar hat der Versuch, das Europäische Sozialmodell mit seinem vagen fortschrittlichen Anstrich auf EU-Ebene institutionell zu verankern, noch eine Zeitlang als Basis für den Legitimationsdiskurs der Politik des Dritten Weges gedient (Bailey 2016). Nach Jahren austeritätspolitischer Maßnahmen, die als Reaktion auf die Finanz- und Wirtschaftskrise von 2007/2008 mit aktiver Beteiligung der Sozialdemokratie ausgehandelt, organisiert und umgesetzt wurden, hat das Europäische Sozialmodell jedoch alle erkennbaren sozialpolitischen Konturen eingebüßt. Was lange Zeit als Alternativmodell zur neoliberal ausgerichteten EU-Wirtschaftspolitik mit Sozialabbau und Standortwettbewerb galt – oder

wie Miró Artigas (2017: 6) es zutreffend beschreibt, als „ersatzweiser kollektiver Zukunftshorizont“ angesehen werden konnte – hat sich mittlerweile schlicht als Strategie entpuppt, der Austeritätspolitik einen pragmatischen Anstrich zu verpassen.

Inzwischen sind die verheerenden Folgen dieser Politik nicht nur durch soziale Protestbewegungen, sondern auch durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) und selbst durch Institutionen der EU heftig kritisiert worden. Seitens der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten (S&D), der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) im Europaparlament, werden „die unnötig harten Sparmaßnahmen und die absurde wirtschaftliche Unnachgiebigkeit“ allein den konservativen politischen Kräften zugeordnet (S&D 2019). Dass die pan-europäische „sozialdemokratische Sparpolitik“ (Bremer/McDaniel 2019) die neoliberalen Krisenmaßnahmen entscheidend mitgetragen hat, bleibt verschwiegen. Kann es vor diesem Hintergrund eine Wiedergeburt der Sozialdemokratie auf europäischer Ebene geben? Jeroen Dijsselbloem, ehemaliger niederländischer Finanzminister der sozialdemokratischen Partij van de Arbeid, und früherer Präsident der Eurogruppe, hatte zuletzt versprochen, dass die Austeritätspolitik nicht mehr im Zentrum der Eurogroup-Debatten stehe und es vielmehr eine „Veränderung beim Policy Mix geben [...], indem man sich von der Politik der Austerität verabschieden und stärkeres Gewicht auf tiefgreifende Reformen legen würde“ (2017a). Die SPE hat in ihrem Manifest *Für ein neues Europa* (2014) erklärt, dass solch tiefgreifende Reformen über eine „ehrgeizige europäische Industriepolitik“ erfolgen müssten. Ähnliches konnte man in einem Positionspapier der S&D (2011) lesen: „Hauptziel der S&D-Fraktion ist es, die Industrie wieder in den Mittelpunkt der Politik zu stellen und eine aktive Industriepolitik für eine ‘offensive’ Schaffung von Arbeitsplätzen und Vollbeschäftigung als Kernelement zur Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit zu fördern.“

In ihrer Mitteilung *Für ein Wiedererstarken der europäischen Industrie* hat die Europäische Kommission bereits 2014 eine neue gemeinsame Industriepolitik verkündet. In seiner Rede zur Lage der Union von 2017 hat Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker die gemeinsame Industriepolitik als Maßnahme für ein nachhaltiges Wachstum und die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen als wichtigste politische Priorität bestätigt (Europäische Kommission 2017a). Um das Tempo in der Umsetzung der neuen EU Industriepolitik hoch zu halten, hat die S&D-Fraktion in einem Entschließungsantrag von 2017 die Kommission dazu aufgerufen, einen Legislativvorschlag für eine kohärente und umfassende Industriepolitik mit dem Ziel der Reindustrialisierung Europas vorzulegen (S&D 2017a). Findet also auf EU-Ebene tatsächlich eine Wiederkehr jener Industriepolitik statt, die einem sozialdemokratischen Leitmotiv folgt und mit dem sie das Vertrauen ihrer traditionellen Stammwählerschaft zurückgewinnen kann?

Ein flüchtiger Blick auf die Maßnahmen zur Bewältigung der jüngsten Krise könnte den Eindruck erwecken, es handle sich hier um eine umfassende sozialverträgliche und nachhaltige Industriepolitik, die im Geist von Keynes eine aktiv intervenierende EU fordern und, die seit 2009 anhaltend hohe Arbeitslosigkeit wirksam bekämpfen würde. Die Reformen, die bisher im Rahmen der neuen EU-Industriepolitik umgesetzt wurden, erweisen sich jedoch als höchst enttäuschend – neben der Übernahme fragwürdiger Finanzierungserleichterungen für Industrieprojekte gilt dies insbesondere für den Verteidigungsfonds. Wir möchten zeigen, dass unter dem Nenner einer progressiven Industriepolitik in erster Linie eine Neukalibrierung der bisherigen neoliberalen Strukturanpassungsmaßnahmen stattfindet. Ein Teil des Reformpakets zielt auf eine Politik der internen Abwertung, welche durch eine Senkung der Reallöhne und durch weitere Arbeitsmarktreformen eine Verstärkung des Preiswettbewerbs und eine Reduzierung des Gesamtniveaus der Unternehmensbesteuerung erreichen soll. Damit soll eine Erhöhung der Preis- und Kostenwettbewerbsfähigkeit erreicht werden, sodass europäische Industrien sich mit niedrigen Preisen auf globalen Märkten behaupten können (Europäische Kommission 2016a). Während Lohn- und Arbeitsmarktreformen und intensiverer Preiswettbewerb auf direkte und indirekte Art die Beschäftigten trifft, verstärkt die Senkung von Unternehmenssteuern eine weitere Umverteilung des Wohlstandes zugunsten des Kapitals. Die Hauptlast wird damit auf die Löhne – und nicht auf das Kapital abgewälzt. Sozialdemokraten wie Dijsselbloem (2017b), die diese Politik der inneren Abwertung vorangetrieben haben, verlangen gleichzeitig, dass die EU bei all ihrem Reformeifer an ihrem einzigartigen Europäischen Sozialmodell festhalten und dieses modernisieren soll, sodass es auch in Zukunft überleben könne. Dijsselbloems Äußerungen sind charakteristisch für die sozialdemokratische Haltung, die die EU als sowohl wettbewerbsfähig wie auch sozialorientiert charakterisieren.

Wir werfen im Folgenden einen kritischen Blick auf die neue Industriepolitik der EU und ihre Rahmung innerhalb breiterer sozialdemokratischer Visionen für Europa, insbesondere der Europäischen Säule sozialer Rechte (ESSR). Wir wollen zeigen, dass die Sozialdemokratie es trotz ihres Versprechens für einen radikalen Wandel erneut unterlassen hat, eine soziale Agenda und die angekündigten „tief greifenden Reformen“ durchzusetzen. Die Erwartung, dass ein „sozialdemokratisches Europa“ mittels Industriepolitik wiederzubeleben wäre, bleibt grundsätzlich fragwürdig, solange die Europäische Säule sozialer Rechte (ESSR) ausschließlich als flankierende und unverbindliche Maßnahme propagiert und mit der finanziellen Förderung von Rüstungsindustrien der Export von Drohnen und Massenvernichtungswaffen ermöglicht wird.

1. Auf dem Weg zu einer sozialdemokratischen Vision der Industriepolitik?

Die Mitteilung der Kommission *Für ein Wiedererstarben der europäischen Industrie* von 2014 prophezeit eine umfangreiche Reindustrialisierung von Europa – vorausgesetzt, dass entsprechende Maßnahmen zur Förderung des Wettbewerbs ergriffen werden (Europäische Kommission 2014). Der Anteil der Industrieproduktion am Bruttonationalprodukt (BSP) soll von gegenwärtig 15 auf 20 Prozent steigen, um mit dem Entwicklungstempo von China, Indien und Brasilien Schritt halten zu können (ebd.). Der Kommission zufolge hat das relative Gewicht Europas im internationalen Handel und bei Kapitalexporten in Schwellenländer stetig abgenommen. So hält sie fest, dass China als größte Export-Nation inzwischen einen Anteil an Direktinvestitionen aufweist, der demjenigen der EU entspricht (Europäische Kommission 2015: 14, 98). Die industriepolitischen Pläne der Kommission sind daher darauf ausgerichtet, dass sich die EU im Wettbewerb mit den Schwellenländern behaupten kann.

Die neue Industriepolitik hat viele Facetten. Inzwischen wurde eine ganze Palette industriepolitischer Maßnahmen-Pakete verabschiedet, wie etwa der im Juni 2015 eingerichtete Europäische Fonds für Strategische Investitionen (EFSI). Er soll zur Kofinanzierung und zur Finanzierungs erleichterung von riskanten „Infrastruktur- und Innovations-Projekten“ in Europa beitragen, die ansonsten nicht gefördert würden. Der EFSI stellt einen zentralen Knotenpunkt bei der Mobilisierung privater (Risiko-)Investitionen dar und umfasst eine Garantiesumme von 16 Milliarden Euro, die im EU-Budget verankert ist. Zusätzlich hat die Europäische Investitionsbank zugesagt, bis zu 5 Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen, um private Investitionen zu unterstützen. Parallel zum EFSI gibt es auch das Programm für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und KMU (COSME), mit dem der Zugang von kleinen und mittleren Unternehmen zu Krediten durch Garantien und Nachbürgschaften ebenso wie durch die Verbriefung von Kreditportfolios erleichtert werden soll.

Die S&D nannte im Europawahlkampf 2019 den Investitionsplan als eine der zentralen Errungenschaften der Sozialdemokratie. Er habe neben tausenden neuen Arbeitsplätzen auch einen wichtigen Beitrag zur Verringerung sozialer und regionaler Ungleichheiten geleistet (S&D 2019). Wie jedoch der Analyse von EuroMemorandum (2017: 12) zu entnehmen ist, gibt es „deutliche Anzeichen dafür, dass es keine zusätzlichen positiven Investitionseffekte gibt, sondern dass der EFSI überwiegend Investitionsprojekte finanziert, die sowieso durchgeführt worden wären.“ Dazu kommt, dass der EFSI wie auch COSME in erster Linie die Investitionsrisiken finanzieller Akteure abdecken, außerdem die Kosten von eventuellen Fehlinvestitionen auf europäischer Ebene sozialisieren und schließlich durch die Förderung des Wertpapierhandels eine weitere Vertiefung des Finanz-

sektors ermöglichen. Die Auswahl kreditwürdiger Projekte wird zudem den beteiligten nationalen Banken überlassen, wodurch strukturelle Asymmetrien in den wirtschaftlichen Wertschöpfungsketten (Nord-Süd und Ost-West Gefälle) innerhalb der EU eher verstärkt als behoben werden.

Die Europäische Kommission hat als Teil der EU-Industriepolitik spezifische Aktionspläne für nahezu jeden denkbaren Sektor angekündigt. Dazu gehören auch massive Investitionen für Forschung und Entwicklung, mit denen die Rüstungsindustrie gefördert werden soll. Neben dem von der Kommission lancierten Europäischen Verteidigungsfonds sollen 500 Millionen Euro an Privatinvestitionen in die Zusammenarbeit mehrerer Staaten zur Kapazitätsentwicklung ermutigt und erleichtert werden – dies alles unter dem Etikett, „die Wettbewerbsfähigkeit der Verteidigungsindustrie der EU zu stärken“ (Europäische Kommission 2017c, 2018). Mittels der im Dezember 2017 eingerichteten Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit im Bereich von Sicherheit und Verteidigung (PESCO) können Mitgliedstaaten gemeinschaftliche Projekte entwickeln und private Akquisitionen generieren, die ähnlich wie beim EFSI und COSME durch den Europäischen Verteidigungsfonds abgesichert werden.

Auch hier zeigt sich, dass die Sozialdemokraten den Verteidigungsfonds politisch unterstützen und – bis auf wenige Ausnahmen – im April 2019 in einer Allianz mit der Europäischen Volkspartei (EVP) und den Liberalen (ALDE) im Europäischen Parlament angenommen haben. Während der ursprüngliche Rahmenplan zur Entfaltung der Streitkräfte eine Art Kompromiss zwischen der pragmatischen Integrations-Agenda der Merkel-Regierung und den ehrgeizigen Plänen der Macron-Regierung für die militärische Entwicklung der EU darstellte, hat die S&D in einem ausführlichen Positionspapier den Nexus zwischen Industriepolitik und Rüstungsindustrie aufgenommen und argumentiert, dass die Verteidigungsindustrie „ein Schlüsselsektor für die derzeitige Entwicklung Europas zu einer weltweit führenden Position in der Industrie und bei Innovationen“ sei. Außerdem sei „eine wettbewerbsfähige europäische Verteidigungsindustrie wesentlich für die Glaubwürdigkeit der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (S&D 2017b: 66). Es zeigt sich, dass Sozialdemokraten innerhalb von S&D der Militarisierung der EU den gleichen Stellenwert einräumen wie erneuerbaren Energien oder der Herstellung nachhaltiger Produkte. Wie Martin Schulz (2017), der ehemalige sozialdemokratische Präsident des Europäischen Parlaments, bekräftigte: „Wir müssen aufhören, Umweltschutz gegen Industriepolitik auszuspielen.“ Im Positionspapier zur Rüstungsindustrie wird auch ein spezifisch sozialdemokratisches Motiv angesprochen, wenn es heißt: „Sicherheitsinteressen, industrielle Wettbewerbsfähigkeit und die Beachtung der Menschenrechte können Hand in Hand gehen“ (S&D 2017b: 22). Es handelt sich hierbei nicht etwa um eine vereinzelte Stellungnahme. Die Einschätzung

findet sich auch bei Progressive Post, einem Thinktank mit dem SPE und S&D kooperieren, und der sich darum bemüht, einen intellektuellen Kreuzungspunkt zwischen der Sozialdemokratie und dem europäischen Projekt zu markieren. In einer 2018 veröffentlichten Kritik an den geförderten Rüstungsprojekten wurde lamentiert, dass „weichere“ Projekte, wie das einer medizinischen Einsatzzentrale gegenüber der Entwicklung von HALE-tauglichen Drohnen (High-Altitude Long Endurance Drones) bevorzugt würden (Besch 2018).

Selbst weniger „progressive“ BeobachterInnen müssen wohl zugestehen, dass eine Stärkung des militärisch-industriellen Komplexes innerhalb der EU mit dem Friedens-Narrativ, das die sozialdemokratischen Visionen der europäischen Integration prägt, kaum vereinbar ist. Die genannten Investitionsprogramme, die bereits in sich problematisch sind, könnten zudem den Eindruck erwecken, es gäbe eine aktive Industriepolitik zugunsten der untergehenden industriellen Basis in Europa. Ein wichtiger Teil der neuen Industriepolitik besteht allerdings aus einer Agenda der inneren Abwertung, welche auf eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit zielt.

Innere Abwertung als Industriepolitik

Dem früheren Kommissar und Sozialdemokraten Joaquín Almunia (2014) zufolge unterscheidet sich die neue Industriepolitik markant von derjenigen, die während der Krise der 1970er Jahre betrieben wurde. Die Kommission sieht ihre Verpflichtung nicht darin, allgemein staatliche Interventionen zugunsten von Unternehmen und Industrien vorzunehmen, sondern sie geht davon aus, dass der zukünftige Wohlstand der EU von ihrer Fähigkeit abhängt, neue Investitionen anzuziehen. Diese würden, so wird argumentiert, eine Reindustrialisierung von ganz Europa befördern, das Wirtschaftswachstum ankurbeln und die Nettoexporte steigen lassen, was schlussendlich auch zu einem *trickle-down*-Effekt für die Beschäftigung führe. In der Tat ist die Investitionsquote im Produktionsbereich seit den 1970er Jahren rückläufig, was auf mehrere Faktoren zurückgeht: gesättigte Märkte, anhaltende Überkapazitäten, eine nur langsam zunehmende Gesamtnachfrage und eine weitgehende Tertiarisierung, die im Zuge der Verlagerung von Produktion in Regionen mit niedrigen Lohnkosten auftrat. Gemessen an den Bruttoanlageinvestitionen haben die Investitionen von 22,1 Prozent im Jahr 2000 auf 19,3 Prozent im Jahr 2014 abgenommen, während dieser Wert in China 45 Prozent und in Indien 30 Prozent betrug (Europäische Kommission 2015: 8). Der Anteil der Industrieproduktion an der nominalen Wertschöpfung des gesamten BSP fiel in diesem Zeitraum um 3,5 Prozentpunkte (von 18,8% auf 15,3%) und die Industriebeschäftigung um 16 Prozent, was einen Rückgang der Zahl der Arbeitsplätze um 6 Millionen bedeutet (ebd.: 5-7, 14).

Neben den Investitionsprogrammen möchte die Kommission, um mehr Investitionschancen in der Realwirtschaft zu schaffen und Europa zu reindustrialisieren, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Volkswirtschaften fördern. Wettbewerbsfähigkeit bedeutet hier jedoch fast ausschließlich interne Abwertung: diese könne „den Effekt der Umstellung der Ausgaben als Folge einer ‘externen’ Abwertung imitieren“ (Europäische Kommission 2011: 22). Insbesondere wird erwartet, dass die Dämpfung der Löhne für Unternehmen zu niedrigeren Produktionskosten führen, was sich insgesamt in niedrigeren Preisen für Waren und Dienstleistungen auswirken soll. Außerdem soll die intensive Preiskonkurrenz zusammen mit einer Deregulierung der Produktmärkte und weiteren Privatisierungen das Preisniveau drücken und die gesamten Produktionskosten absenken. Nicht zuletzt sollen schließlich auch niedrigere Unternehmens- und Ausfuhrsteuern sowie ein „aufkommensneutraler“ Übergang von Lohnsteuern auf Verbrauchssteuern dazu beitragen, in Europa ein attraktives Investitionsklima entstehen zu lassen (ebd.).

Das organisierte (transnationale) Kapital hat die Agenda der Wettbewerbsfähigkeit und die Strategie der internen Abwertung aktiv propagiert und unterstützt. Die sogenannten Industriekapitäne, die beim European Round Table of Industrialists (ERT) zusammen kommen, wurden im März 2013 nach Berlin zu einem Treffen eingeladen, an dem Kanzlerin Merkel, der damalige französische Präsident Hollande und der damalige Kommissionspräsident Barroso teilnahmen. Die Staats- und Wirtschaftsvertreter kamen überein, dass die industrielle Wettbewerbsfähigkeit im Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik der EU stehen müsse (ERT 2013). Die ERT formulierte die eigene Position in aller Deutlichkeit: um wettbewerbsfähig zu sein, bräuchte die EU mehr unternehmensfreundliche Regulierungen wie etwa eine Senkung der Unternehmenssteuern, weniger Arbeitsschutz und eine stärkere Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, niedrigere Löhne und Abfindungszahlungen, mehr Privatisierungen und Erleichterungen bei Fusionen und Übernahmen – also all das, was aus der Sicht der ERT „marktgetriebene Konsolidierung“ darstellt (ebd.). Im Juni 2014 veröffentlichte die ERT anlässlich der neu ernannten Kommission unter dem Titel *EU Industrial Renaissance eine Agenda for Action 2014–2019* und verlangte, dass „industrielle Wettbewerbsfähigkeit sämtliche Politikfelder und alle Ebenen der Politik durchziehen“ müsse. Um die preisliche Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, sollten die Kosten für Arbeit, Energie, Finanzierung und Verwaltungsanforderungen reduziert werden, und um die nicht-preisliche Wettbewerbsfähigkeit zu fördern, sollte ein besseres regulatorisches Umfeld geschaffen werden (ERT 2012; 2014). Nationalen und transnationalen Unternehmen stimmten sich in der Artikulierung ihrer Forderungen ab, und, wie oben aufgezeigt wurde, hat dies offenbar Früchte getragen: Die innere Abwertung wurde inzwischen zur vorrangigen Agenda des Krisenmanagements der EU.

Innere Abwertung über Maßnahmen auf dem Arbeitsmarkt

Der komparative Kostenvorteil billiger Arbeitskraft in Schwellenländern formt einen der Eckpfeiler der EU-Strategie zur inneren Abwertung. Die Nationalen Ausschüsse für Produktivität, die derzeit in den Mitgliedstaaten eingerichtet werden, bilden die bürokratischen Apparate zur Verankerung dieser Strategie. Eine ihrer wichtigsten Aufgaben besteht darin zu überwachen, dass die Volkswirtschaften „die Produktivität steigern, und gleichzeitig die Arbeitskosten eindämmen“, sowie politische Maßnahmen zu formulieren, falls die „Kostenwettbewerbsfähigkeit hinter dem Durchschnitt der europäischen Länder zurückbleibt“ (Rat der Europäischen Union 2016). Die nationalen Ausschüsse werden jährliche Berichte verfassen, die von der Europäischen Kommission genutzt werden sollen, im Rahmen des Europäischen Semesters und des Makroökonomischen Ungleichgewichtsverfahrens länderspezifische Empfehlungen auszusprechen (Europäische Kommission 2016a; Rat der Europäischen Union 2016).

Der Vergleich der Lohnstückkosten zwischen EU-Mitgliedstaaten wird als zentraler Indikator für die Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit eingesetzt. Zwar können die Komponenten variieren, aber im Allgemeinen bezieht sich dieser Indikator auf das Verhältnis von Produktivität und Summe der Arbeitnehmerentgelte (direkte und indirekte Arbeitskosten). Es wird angenommen, dass eine Reduzierung der Lohnstückkosten für Investoren ein positives Signal darstellt. Diese können entweder dadurch vermindert werden, indem die Produktivität gesteigert wird, oder indem einzelne Elemente der gesamten Arbeitskosten abgesenkt werden. Da Produktivitätsfortschritte in der EU seit den 1970er Jahren entscheidend verlangsamt und die Zugewinne im tertiären Sektor bescheiden geblieben sind, werden Anpassungen des Arbeitsmarktes, insbesondere durch Druck auf die Löhne und die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes in den Vordergrund gestellt. Vor allem die Löhne für Leiharbeitskräfte und flexible Arbeitsformen sind nicht nur niedriger, sondern die Unternehmen können auch Ansprüchen auf soziale Sicherung oder eine Bezahlung entsprechend der Arbeitserfahrung umgehen. Kanzlerin Merkel (2013) hat dies deutlich ausgedrückt, als sie die Absenkung der Lohnkosten als zentrales Element anführte, um ein regulatorisches Umfeld zu schaffen, das für Investoren attraktiv wäre.

Die Agenda der Wettbewerbsfähigkeit der EU geht implizit davon aus, dass die Arbeitskräfte inflexibel sind, die Arbeitskosten steigen und daher zu hoch sind, Arbeit somit unproduktiv sei. Folglich wird die Stärke der Gewerkschaften als Ursache für die anhaltende Krise ausgemacht. Wenngleich die Kommission daran festhält, dass sie nicht direkt in das jeweilige Lohnniveau und die Regeln der Kollektivverhandlungen eingreifen würde, sprach sie sich doch dafür aus, dass die Sozialpartner die jährlichen Berichte zur nationalen Produktivität als Leitlinie für Lohnverhandlungen heranziehen sollten. Die Dachorganisation der

nationalen Gewerkschaftsverbände, die European Trade Union Confederation (ETUC), hat die neoliberalen Strukturanpassungen über den Arbeitsmarkt vehement verurteilt und darauf hingewiesen, man sei „nur ein Handbreit davon entfernt, dass für Tarifverhandlungen rechtlich verpflichtende Höchstgrenzen aufgestellt werden oder dass die Zulässigkeit von Streikaktionen infrage gestellt wird.“ (ETUC 2015) Im Gegensatz dazu scheinen die sozialdemokratischen Parteien in der schillernden Rhetorik der Wettbewerbsfähigkeit gefangen zu sein. Beispielsweise argumentiert die Friedrich-Ebert-Stiftung (2017: 15), der Thinktank der SPD, dass der Industriestandort Europa nur dann wettbewerbsfähig sei, wenn im Vergleich zu anderen Standorten nicht nur bessere Qualität oder höhere Innovationsleistungen, sondern auch niedrigere Produktionskosten und eine erhöhte Wettbewerbsintensität gewährleistet werden. Bisher gab es auch keinen Versuch seitens der Sozialdemokraten, die vorherrschende enggefaste Vision von Wettbewerbsfähigkeit zu diskreditieren und zu delegitimieren. Das ist insofern erstaunlich, als der Bezug auf die Lohnstückkosten als zentraler Indikator für Wettbewerbsfähigkeit vielfach kritisiert worden ist. Selbst seitens der Europäischen Zentralbank (EZB) wurden in dieser Hinsicht Zweifel laut, wenn es in einer Veröffentlichung heißt, dass traditionell makroökonomische Erwägungen „das Kernelement der Einschätzung von Wettbewerbsfähigkeit darstellen. Makro-Indikatoren wie die Lohnstückkosten (ULCs) oder aktuelle Leistungsbilanzdefizite sind leicht zu kommunizieren, und es gibt einen Bezug zu wirtschaftspolitischen Instrumenten, über die politische Instanzen verfügen. Im Lichte der erneuerten Konzentration auf Wachstum ist es nötig, eine weiter gefasste und präzisere Einschätzung von Wettbewerbsfähigkeit vorzunehmen.“ (ECB 2013: 8)

Die Verbindung von Wettbewerb und Wettbewerbsfähigkeit bei der internen Abwertung

Die Kommission räumt ein, dass die interne Abwertung über die Reduzierung der Arbeitskosten nicht die einzige sinnvolle Strategie darstelle, da hierbei nur die Arbeitskosten berührt werden, andere variable Kosten hingegen, wie diejenigen für Energie und Rohmaterialien, keine Berücksichtigung finden (Europäische Kommission 2015: 57). Deshalb setzt sie sich dafür ein, dass die Wettbewerbsregeln in Bezug auf Kapital, Energie, Rohmaterialien und andere Inputs der Produktion verschärft werden. Hierbei sind vor allem die Preise für nicht-handelbare Güter von Zwischensektoren wie Elektrizität und Energie im Visier. Außerdem wurde eine Reihe von „pro Wettbewerb“-Reformen angekündigt, insbesondere solche, mit denen (angenommene) regulatorische Barrieren auf Gütermärkten beseitigt werden sollen. Der Kommission zufolge verhindern hohe Beschränkungen auf

nationalen Güter- und Dienstleistungsmärkten die grenzüberschreitende Expansion und Investitionen in Sektoren wie demjenigen für Energie und der Netzwerkindustrie (Europäische Kommission 2016b: 34). Insofern wurden flankierende regulatorische Programme wie Regulatory Fitness and Performance Programme (REFIT) und Competitiveness Proofing dazu eingesetzt, um bestehende Gesetze abzuschaffen und die zukünftige Rechtsprechung dahingehend zu überprüfen, wie sie sich für die Wettbewerbsfähigkeit auswirkt.

Die Agenda der Wettbewerbsfähigkeit ist demnach getragen von der Vorstellung, die Volkswirtschaften der Eurozone könnten die Krise mittels Wettbewerb überwinden, indem das Preisniveau insgesamt gesenkt wird. Dem früheren Wettbewerbskommissar Almunia gilt Wettbewerbspolitik als die „billigste und effektivste strukturelle Reform“, „ohne zusätzliche Kosten für den Steuerzahler“. Wettbewerb, so meint er, fördert „Wettbewerbsfähigkeit und Innovation, schafft Arbeitsplätze und treibt die wirtschaftliche Expansion voran“ (2012a; 2012b). Die Vorteile von kapitalistischem Wettbewerb werden als ein positives Nullsummenspiel präsentiert, das Gesellschaften einen ständig zunehmenden Wohlstand verschafft (Europäische Kommission 2016a; 2016b). Wettbewerbspolitik wird zudem als eine Politik der Umverteilung dargestellt: Über den Wettbewerb würden die Preise auf die Grenzkosten der Produktion herabgedrückt, was den Anteil des realisierten Mehrwerts für das Kapital vermindert und somit den KonsumentInnen nützen würde.

Einmal mehr kann man auch hier sehen, dass die Sozialdemokratie die strikte Wettbewerbspolitik der EU nachdrücklich unterstützt. Die S&D-Gruppe setzt die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit durch die EU mit positiv konnotierten Begriffen wie „Freiheit und Gleichheit“, „Nachhaltigkeit“, „wirtschaftliche und soziale Solidarität“, „soziale und territoriale Kohäsion“ gleich. Darüber hinaus gilt Wettbewerbspolitik als „ein wesentliches Instrument für die wirtschaftliche und soziale Integration“, das „den Wohlstand von Konsumenten garantiert und für eine optimale Allokation von Ressourcen sorgt, sowie wirtschaftlichen Akteure die geeigneten Anreize bietet, um produktive Effizienz, Qualität und Innovationen ebenso anzustreben wie niedrige Preise und Beschäftigung.“ (S&D 2010)

2. Das „Soziale“ in die Wettbewerbsfähigkeit zurückbringen?

Die innere Abwertung als Eckpfeiler der Industriepolitik muss in dem weiteren Kontext des Europäischen Sozialmodells, insbesondere der gleichzeitigen Renaissance des „sozialen Europas“ über die Europäische Säule sozialer Rechte gesehen werden. Es gibt einen wesentlichen Widerspruch bei der aktuellen Konjunktur der sozialdemokratischen Europa-Orientierung: Einerseits wird eine Industriepolitik

mit Anklängen an die keynesianische Tradition propagiert und auf den unverbindlichen Rahmenplan einer Säule sozialer Rechte verwiesen, andererseits wird der Diskurs zur Wettbewerbsfähigkeit übernommen, mit dem jede Chance aufgegeben wird, die zuvor genannten wirtschaftlichen und sozialen Ziele auch nur ansatzweise umzusetzen. Das eingangs erwähnte Paradox der sozialdemokratischen Europa-Orientierung zeigt sich genau in diesem Spannungsfeld (vgl. Holmes/Lightfoot 2014: 228).

Die aktuelle Initiative für die Europäische Säule sozialer Rechte ist vor dem Hintergrund der institutionellen Architektur zu sehen, die Wettbewerbsfähigkeit als „paradigmatischen Masterplan“ etabliert hat (Miró Artigas 2017). Mit den rigiden disziplinären Regeln und Institutionen der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) wurde innere Abwertung in den letzten Jahrzehnten bereits vorgezeichnet: Inflation wurde dabei ebenso ausgeschlossen wie Maßnahmen, mit denen Regierungen ihre Exporte einseitig über Abwertungen ankurbeln wollen. Gleichzeitig verhinderten budgetäre Zwangsjacken und das Fehlen eines gemeinsamen fiskalischen „Stoßdämpfers“, eine keynesianische Politik des *deficit spending* einzuschlagen. Unter dem Joch der Maastricht-Orthodoxie wurden Anpassungen auf den Arbeitsmärkten zum primären Instrument, um Ungleichgewichten der Leistungsbilanz zu begegnen. Darüber hinaus wurden weitreichende Maßnahmen der inneren Abwertung bereits im Rahmen von Vereinbarungen (*Memoranda of Understanding*, MoU) und den neuen wirtschaftlichen Steuerungskpaketen wie dem Europäischen Semester von 2010 oder dem Euro-Plus-Pakt von 2011 ergriffen. Unter dem euphemistischen Etikett der neuen Industriepolitik werden Reformen nicht nur von den am meisten von der Krise betroffenen, sondern von sämtlichen Mitgliedstaaten verlangt. Dabei sollen die Volkswirtschaften der EU sich untereinander wie auch hinsichtlich der wichtigsten Handelspartner im Sinn eines schärferen Wettbewerbs gegenseitig bei Kosten, Preisen und Unternehmenssteuern unterbieten und eine Politik des *beggar-thy-neighbour* betreiben.

Tatsächlich haben bisherige Experimente der inneren Abwertung über den Arbeitsmarkt die strukturellen Asymmetrien in Europa verstärkt. Das zeigt sich besonders deutlich in Griechenland, wo die Lohnstückkosten zwischen 2008 und 2012 um 20 Prozent gefallen sind: durch massive Eingriffe in die Lohnverhandlungen, durch die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes sowie durch die allgemeine Senkung des Mindestlohnes um 22 Prozent (für junge ArbeitnehmerInnen zusätzlich um 10 Prozent) (ETUI 2014). Bislang hat die innere Abwertung jedoch weder die Beschäftigung noch die Exporte ansteigen lassen. Insbesondere wurden die Arbeitskosten im öffentlichen Sektor gesenkt, was keinerlei Auswirkungen auf die Exportposition des Landes hatte. Dazu kommt, dass die griechischen Exporte sich auf kapitalintensive Sektoren mit niedrigem und mittlerem Technologieni-

veau konzentrieren, nicht aber auf arbeitsintensive Sektoren. Ebenso wenig haben sich die niedrigeren Löhne in niedrigeren Preisen niedergeschlagen. Ganz im Gegenteil sind die griechischen Exportpreise von 2009 bis 2013 um 20 Prozent gestiegen – das ist der höchste Anstieg in der gesamten Eurozone (ebd.: 17). Mit anderen Worten hat die Senkung der Lohnstückkosten einzig dazu genützt, die Kapitalrenditen steigen zu lassen, doch wurden diese keineswegs für Investitionen genutzt, um die langfristige Produktivität anzuheben oder um Projekte auf den Weg zu bringen, mit denen die strukturelle Position bestehender Industrien verbessert worden wäre. Wie Thomas Sablowski (2012) erläutert, können niedrigere Löhne in Griechenland das Problem nicht lösen, dass das Land gegenüber Deutschland mit seiner Hightech-Industrie, der Automobilproduktion oder dem Maschinenbau konkurrenzfähig wäre, ganz einfach, weil es solche Industrien (oder vergleichbare Industrien mit hoher Wertschöpfungsintensität für den Export) dort nicht gibt. Eine wettbewerbsangetriebene Senkung der Lohnstückkosten kann die strukturellen wirtschaftlichen Asymmetrien zwischen europäischen Volkswirtschaften nicht aufheben. Diese können nicht allesamt ihre Industrien ausbauen und ein exportorientiertes Wachstum mit einem hohen Überschuss der Leistungsbilanz verfolgen. Die Reduzierung der Lohnstückkosten in einem Land führt zu einem Unterbietungswettlauf und schwächt die entsprechenden Werte in den anderen Ländern. Druck auf die Löhne in Kombination mit einer Politik der Austerität unterminiert nicht nur den inländischen Konsum, sondern auch denjenigen innerhalb der EU, und befördert zugleich Deflation. Alle diese Faktoren zusammen lassen die proklamierte exportgetriebene Wachstumsstrategie zur Farce werden, und dies speziell vor dem Hintergrund einer allgemein schwachen globalen Nachfrage. Mit 12 bis 15 Prozent machen die EU-Exporte außerhalb der EU einen relativ geringen Anteil des Bruttosozialprodukts des EU-Raumes aus (Eurostat 2017), sodass sich die innere Abwertung auf die Nettoexport-Position der EU, wenn überhaupt, dann nur schwach auswirken kann (Stockhammer/Onaran 2012: 195f.). Innere Abwertung vergrößert in erster Linie die Zahl der *working poor* und der prekär Beschäftigten, was vor allem Jugendliche, Frauen und MigrantInnen trifft – unter ihnen insbesondere diejenigen, die nicht aus EU-Ländern kommen – am allermeisten jedoch Arbeitskräfte mit geringer Qualifikation (EuroMemorandum 2013: 39; ETUI 2014: 10). Die Wirkungen des Krisenmanagements der EU haben bereits zu erheblicher sozialer Unruhe und politischem Streit geführt, wobei letzterer die EU direkt getroffen hat. Vor allem in Südeuropa hat es gegen die Austeritätspolitik der EU konzertierte Aktionen gegeben, unter anderem transnationale Kampagnen, Manifeste und Petitionen, ebenso wie gemeinsame Streiktage und Aktionswochen (Wigger/Horn 2014). Die angestammten sozialdemokratischen Parteien bleiben jedoch bei ihrer unkritischen pro-EU-Orientierung und zeigen sich unfähig, eine alternative

Zukunft für die europäische Integration zu entwerfen. Im Ergebnis ist es ihnen nicht gelungen, sich die Unterstützung einer breiten Wählerschaft zu sichern, während neo-populistische EuroskeptikerInnen, radikale Rechte und selbst neo-faschistische Parteien Stimmungen der Enttäuschung und der Verunsicherung erfolgreich für ihre Zwecke nutzen konnten.

Vor diesem Hintergrund scheint die Europäische Säule sozialer Rechte (EPSR) als Rettungsanker für den Diskurs des Europäischen Sozialmodells, da sie dieses in das Paket der Industriepolitik integriert. Aber die Position der EU-Kommission dazu ist recht klar. Sie formuliert eine eindeutige Priorität: wenngleich „wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt miteinander verbunden sind“, so gelten die sozialen Rechte letztlich doch lediglich als Mittel zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit. Die „Errichtung einer europäischen Säule sozialer Rechte sollte in weitergehende Anstrengungen zum Aufbau eines inklusiven und nachhaltigen Wachstumsmodells eingebunden sein, bei dem Europas Wettbewerbsfähigkeit, seine Eignung für Investitionen sowie die Entstehung von Arbeitsplätzen und der soziale Zusammenhalt gestärkt werden“ (Europäische Kommission 2017b). Zur EPSR für den Euro-Raum heißt es weiterhin: „Ein stärkerer Schwerpunkt auf Beschäftigungs- und Sozialfragen ist besonders wichtig, um für mehr Stabilität zu sorgen und die Wirtschafts- und Währungsunion zu vertiefen.“ Vielleicht nicht ganz ohne Absicht hat die Kommission hier den Teil der Geschichte ausgespart, zu dem das Krisenmanagement und die Austeritätspolitik beigetragen, wenn es diesen nicht überhaupt verursacht hat: die soziale Krise, der nun mithilfe der EPSR begegnet werden soll.

Inhaltlich umfassen die zentralen Prinzipien von EPSR drei große Kapitel: Chancengleichheit und Arbeitsmarktzugang, faire Arbeitsbedingungen sowie Sozialschutz und soziale Inklusion. Institutionell nehmen sie (nach Artikel 292 des Arbeitsvertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union) im Wesentlichen die Form von Empfehlungen an, die somit keine Verbindlichkeit haben. Außerdem gibt es Verpflichtungserklärungen in Form von Proklamationen der Europäischen Kommission, des Europäischen Parlaments und des Rats. Diese Proklamationen stellen ein interessantes, aber überwiegend symbolisches Instrument dar, das zuvor und in erster Linie für die EU-Charta der Grundrechte genutzt wurde. Die EPSR ist sowohl auf der politischen wie auf der akademischen Ebene Gegenstand von heftiger Kritik: sie sei „weder gut aufgebaut noch sehr klar“ (Pochet 2017).

In seiner Diskussion des EPSR-Entwurfs von 2016 weist Daniel Seikel (2016a; 2016b) auf einen wichtigen Punkt des Nebeneinanders von Wettbewerbsfähigkeit und sozialen Rechten hin. EPSR zielt vor allem auf individuelle Rechte ab, entsprechend dem allgemeinen Fokus von politischen Maßnahmen, die auf die Individualisierung von Rechten und Verantwortlichkeiten gerichtet sind. Die

Hervorhebung von *kollektiven* Rechten, wie beispielsweise Tarifverhandlungen würde „die Illegitimität von Interventionen in nationale Lohnpolitik und Systeme der kollektiven Verhandlungen verdeutlichen – sei es durch die Troika oder durch gesamtwirtschaftliche Ungleichheitsverfahren.“ Es ist ganz klar, dass es außerhalb des Geltungsbereichs von EPSR liegt, kollektive Rechte etwa in Bezug auf Lohnverhandlungen dem allgemeinen Ziel, die Löhne der Produktivität anzupassen, unterzuordnen. Wie könnte das auch sein, solange die Europäische Säule Sozialer Rechte „ganz konkret als Kompass für die erneuerte Konvergenz innerhalb des Euro-Raums dienen [soll] [...]. Ein Blick auf die Mitgliedstaaten, die sich an der gemeinsamen Währung beteiligen, zeigt, dass der zukünftige Erfolg des Euro-Raums nicht unwesentlich von der Effektivität der nationalen Arbeitsmärkte und Wohlfahrtssysteme sowie der Fähigkeit der Wirtschaft abhängt, Turbulenzen auszugleichen und sich entsprechend anzupassen.“ (Europäische Kommission 2017d)

Solange die angesprochene Konvergenz, wie weiter oben gezeigt wurde, im Wesentlichen auf innerer Abwertung beruht, bleibt die Anrufung des unbestimmt bleibenden Europäischen Sozialmodells ein aussichtsloses, wenn nicht gar kontraproduktives Unternehmen für die Sozialdemokratie. Diese Widersprüche treten im aktuellen sozialdemokratischen Projekt mittlerweile deutlich zutage. Als das Europäische Parlament 2017 die Soziale Säule verabschiedete, wurde dies selbst von der Vorsitzenden Linksfraktion GUE/NGL als „Beleg dafür, dass progressive Kooperation möglich ist“ begrüßt (EUObserver 2017). Demgegenüber hat eine neuere Diskussion von S&D-Mitgliedern über EPSR zu einem offenen Brief geführt, der ein zunehmendes Bewusstsein dafür zeigt, dass „EPSR sehr gut die politische Falle illustriert, aus der wir uns als Sozialdemokraten befreien müssen.“ (Beres 2017) In diesem Brief heißt es, wenn sich „das Soziale Europa heutzutage in einem derart schlechten Zustand befindet, dann ist das weitgehend die Verantwortung der EVP-Familie“ (die EVP ist die konservative Fraktion der EU). Außerdem wird in dem Brief dafür plädiert, EPSR weiter zu stärken, und zwar jenseits einer „Proklamation von Rechten, die es bisher seit vielen Jahren auch bereits in wichtigeren Texten gab“ (ebd.). Ähnlich formuliert es, wenn auch vorsichtig, Philippe Pochet (2017): die Soziale Säule habe trotz ihrer Vagheit und Schwachheiten Potenzial, „wenn (machtvolle) Akteure sie ergreifen“, denn dann gäbe es die Möglichkeit „über einen polanyischen Ansatz eine langfristige Veränderung durchzusetzen, bei der das Soziale und das Ökonomische neu ausbalanciert werden.“ Aus EU-Perspektive mag das Argument intuitiv einleuchtend sein, man bräuchte vor allem eine stärkere politische Koalition, um die soziale Dimension zu verankern. Wie unsere kritische politisch-ökonomische Perspektive gezeigt hat, wurde die Basis für das soziale Modell bereits auf der Ebene der grundlegenden sozio-ökonomischen Governance gelegt.

In einem aktuellen Beitrag zur Diskussion von sozialem Europa versus neoliberaler Entwicklung haben Parker und Pye (2018) eine differenzierte Untersuchung des „nicht erfüllten Versprechens sozialer Rechte“ vorgelegt. Als der Diskurs des Sozialen in der EU einsetzte, wurde er auch gleich, wie sie zeigen, so umgeformt, dass er mit der Agenda der Wettbewerbsfähigkeit kompatibel wurde. Das „Soziale Europa“ als Referenzpunkt für Debatten wird oft in einem weiteren Sinn verstanden als nur begrenzt auf den Fokus der sozialpolitischen Möglichkeiten der EU. Stattdessen gilt es, wie weiter oben ausgeführt, als Schutzschild gegen Marktzwänge, die der globalen Ökonomie entspringen. Sobald das Sozialmodell allerdings unverrückbar als flankierende Maßnahme für das Endziel der Wettbewerbsfähigkeit etabliert ist, und „ein breites Spektrum sozialer und arbeitsmarktpolitischer Bereiche der Koordinierung makroökonomischer Maßnahmen unterworfen wurde“ (Parker/Pye 2018: 813), wird selbst ein eingeschränkter Anspruch nach sozialem Schutz gänzlich unhaltbar. Die BefürworterInnen eines Projektes von Wettbewerbsfähigkeit-plus-Sozialem stehen mit leeren Händen da. Wie Magnus Ryner (2014: 62) in einer Analyse der europäischen Sozialdemokratie ausführt, ist diese „so tiefgehend mit dem System verwoben, dass sie sich in einer Krise befindet, da sie nicht in der Position ist, eine Alternative dazu anzubieten.“

Fazit

Nach der vorherrschenden Interpretation der Krise, so wie sie sich in der EU ereignete, habe es im Zeitverlauf zunächst eine Krise des Finanzsystems gegeben, dann eine Krise der Staatsschulden, und schließlich eine Krise der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Volkswirtschaften. Kanzlerin Merkel hat es 2013 beim Weltwirtschaftsforum 2013 folgendermaßen ausgedrückt: ihre Regierung habe „aus europäischer Sicht auch den Anspruch, so wettbewerbsfähig zu werden, dass wir unseren Wohlstand erhalten und weiterentwickeln können.“ (Merkel 2013) Hier stellt sich allerdings die Frage, wessen Wohlstand auf der Basis der EU-Agenda der Wettbewerbsfähigkeit größer werden wird. Diese Wettbewerbsfähigkeit wird identifiziert mit niedrigeren Löhnen, niedrigeren Preisen und niedrigeren Unternehmenssteuern, konstruiert die Krise also in Begriffen der inflexiblen Arbeitsmärkte sowie der hohen Arbeits- und Produktionskosten. Unter dem Etikett der neuen Industriepolitik verbirgt sich tatsächlich eine Strategie, die in erster Linie dazu dient, die Freiheit des Kapitals zur Ausbeutung der Arbeit zu maximieren, womit einhergeht, dass aus der Produktionssphäre weniger Surplus an die Lohnabhängigen verteilt werden muss (Sablowski u.a. 2018).

Seit Ende der 1970er Jahre neoliberale Politik durchgesetzt wurde, sind nicht nur die Lohnquote, sondern parallel dazu auch die Unternehmenssteuern gesun-

ken. Im Rahmen einer Politik, bei der die Mitgliedstaaten nach Art des *beggarty-neighbour*-Modells wechselseitig ihre innere Abwertung unterlaufen sollen, wird Arbeit noch weiter abgewertet. Der neoliberale Kurs besteht in mehr von dem Gleichen. Da Wettbewerb eher die Spaltung als den Zusammenhalt befördert, gefährdet die Agenda der Wettbewerbsfähigkeit, also die Industriepolitik, ebenso die Möglichkeit, dass eine solide Basis zur künftigen sozialen Kohäsion und zur pan-europäischen Solidarität der Beschäftigten entstehen könnte.

Darüber hinaus ist die Strategie der Wettbewerbsfähigkeit kontraproduktiv, da sie erhebliche strukturelle Ungleichgewichte und die ungleiche wirtschaftliche Entwicklung in Europa weiter verstärkt. Wenn die aggregierte Nachfrage weiter niedrig bleibt, wird auch die Neigung, in reale Produktion zu investieren, schwach bleiben. Wegen des strukturellen Problems der Überakkumulation wird noch mehr Surpluskapital für die Finanzmärkte freigesetzt. Das verstärkt die Gefahr, dass die nächste Krise ebendort wieder ausbrechen wird, diesmal allerdings ungleich dramatischer als diejenige, die wir ab 2007/2008 gesehen haben. Angesichts dieser düsteren, wenn auch ziemlich wahrscheinlichen Szenarien bleibt die zukünftige sozialdemokratische Vision der EU unklar.

Kritische BeobachterInnen suchen nach möglichen Alternativen. So machen etwa Parker und Pye (2018) den interessanten Vorschlag, die EU-Kommission solle die Relevanz der Sozialen Rechte durch eine *ex-ante*-Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit von Maßnahmen der EU-Politik stärken, indem auf das Europäische Komitee für Soziale Rechte zurückgegriffen wird. Rasnača und Jagodziński (2017) beziehen sich auf eine Anregung von Jean-Claude Juncker in seiner Rede zur Lage der Union 2017, nämlich die Einführung einer Europäischen Arbeitsbehörde, die es erleichtern soll, die Auswirkungen der grenzüberschreitenden Mobilität von Unternehmen auf die Rechte der Beschäftigten zu überprüfen und Hilfestellung bei der Entwicklung von Systemen transnationaler Kollektivverhandlungen zu leisten; außerdem soll sie es ermöglichen, die Richtlinie über die Beteiligung der Arbeitnehmer in der *Societas Europaea* (SE) und in der *European Cooperative* (SCE), ebenso wie die Richtlinie über Europäische Betriebsräte zu implementieren (2009/38/EC). In den letzten Jahren wurde eine Fülle von Alternativvorschlägen für eine produktive Transformation innerhalb der Europäischen diskutiert (siehe etwa Transform 2014; Eder/Schneider 2018) – so etwa solche, mit denen die Obsession der durch Wettbewerbsfähigkeit angetriebenen Exportorientierung zugunsten einer verstärkten Orientierung auf die Binnennachfrage überwunden würde. Wenn die EU, und insbesondere progressive soziale Kräfte innerhalb der Sozialdemokratie, die soziale Integration ernst nehmen würden, könnte Industriepolitik dazu genutzt werden, ein anderes Ziel als Wettbewerbsfähigkeit anzustreben.

Literatur

- Almunia, Joaquín (2012a): *The role of competition policy in times of crisis*. Speech/12/917, Brüssel.
- (2012b): *Policy Competition policy for innovation and growth: Keeping markets open and efficient*. Speech 12/172, Kopenhagen.
- (2014): *Competition policy enforcement as a driver for growth*. Speech 14/178, Brüssel.
- Bailey, David/De Waele, Jean-Michel/Escalona, Fabien/Viera, Mathieu (Hg.) (2014): *European social democracy during the global economic crisis: Renovation or resignation?* Manchester.
- Bailey, David (2016): *The End of the European Left? Social Democracy, Hope, Disillusion, and Europe*. In: *Near Futures Online* 1 (März 2016).
- Beres, Pervenche (2017): *Open letter*, 7 November. URL www.pervencheberes.fr/?p=11556, Zugriff 22.5.2019.
- Besch, Sophia (2018): *PESCO unlikely to deliver much in the short term*. In: *The Progressive Post*, 9.2.2018. URL: <https://www.cer.eu/in-the-press/pesco-unlikely-deliver-much-short-term>, Zugriff: 22.5.2019.
- Bremer, Björn/McDaniel, Sean (2019): *The ideational foundations of social democratic austerity in the context of the great recession*. In: *Socio-Economic Review*, online first. <https://doi.org/10.1093/ser/mwz001>
- Dijsselbloem, Jeroen (2017a): *Remarks following the Eurogroup meeting of 20 February 2017*. Press Release 77/17, Brüssel.
- (2017b): *Speech by the President of the Eurogroup, Jeroen Dijsselbloem, at The Future of Europe event*, 24.1. Brüssel.
- ECB (2013): *Competitiveness Research Network First Year Results*, European Central Bank. URL: ecb.europa.eu/pub/pdf/other/competitivenessresearchnetworkfirstyearresults201306en.pdf, Zugriff: 22.5.2019.
- Eder, Julia/Schneider, Etienne (2018): *Progressive Industrial Policy – A Remedy for Europe?* In: *Journal für Entwicklungspolitik* 3(4): 108-142. <https://doi.org/10.20446/JEP-2414-3197-34-3-108>
- EUObserver (2017): *New EU parliament coalitions get in shape*, 20.1. URL: euobserver.com/institutional/136612, Zugriff: 22.5.2019.
- Eurostat (2017): *International Trade*. URL: ec.europa.eu/eurostat/, Zugriff 21.4.2017.
- ERT (2012): *ERT's priorities for an integrated industrial policy*. Brüssel.
- (2013): *ERT meets with Merkel, Hollande and Barroso on Europe's competitiveness*. Press Release 18.3.. Brüssel.
- (2014): *EU Industrial Renaissance. ERT Agenda for Action 2014–2019*, Brüssel: ERT.
- ETUC (2015): *ETUC position on National Competitiveness Boards*. URL: etuc.org/documents/etuc-position-national-competitiveness-boards#_ftnref1, Zugriff 22.4.2017.
- ETUI (2014): *Benchmarking Working Europe 2014*. Brüssel.
- Europäische Kommission (2011): *The effects of temporary state aid rules adopted in the context of the financial and economic crisis*, Commission Staff Working Paper. Brüssel.
- (2014): *Für ein Wiedererstarken der europäischen Industrie*. URL: eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52014DC0014, Zugriff 14.4.2019.
- (2015): *EU structural change 2015*. Luxembourg: Publications Office of the European Union.
- (2016a): *Industrial Policy*, [/ec.europa.eu/growth/industry/policy/index_en.htm](http://ec.europa.eu/growth/industry/policy/index_en.htm), Zugriff 20.4.2017.
- (2016b) *EU competition policy in action*. URL: ec.europa.eu/competition/publications/kd0216250enn.pdf, Zugriff 20.4.2017.
- (2017a): *Lage der Union 2017 – Strategie für die Industriepolitik: Investitionen in eine intelligente, innovative und nachhaltige Industrie*. URL: europa.eu/rapid/press-release_IP-17-3185_en.htm, Zugriff 14.4.2019.

- (2017b): *Proclamation of the European Pillar of Social Rights/Europäische Säule sozialer Rechte* – Broschüre, 16. November 2017. URL: ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/social-summit-european-pillar-social-rights-booklet_de.pdf, Zugriff 14.4.2019.
- (2017c): *Der Europäische Verteidigungsfonds: Fragen und Antworten.* //europa.eu/rapid/press-release_MEMO-17-1476_bg.htm, Zugriff 14.4.2019.
- (2017d): *Towards a European Pillar of Social Rights – Questions and Answers.* URL: europa.eu/rapid/press-release_MEMO-16-545_en.htm, Zugriff 28.5.2019.
- (2018): *European Defence Industrial Policy.* URL: ec.europa.eu/growth/sectors/defence/industrial-policy_en, Zugriff 28.5.2019
- EuroMemorandum (2013): *The deepening crisis in the European Union: The need for a fundamental change.* URL: euromemo.eu/euromemorandum/euromemorandum_2013/, Zugriff 20.4.2017.
- (2017): *Die Europäische Union: Gefahr der Desintegration.* URL: euromemorandum.eu/uploads/euromemorandum_2017_german.pdf, Zugriff 20.4.2017.
- Friedrich-Ebert-Stiftung (2017): *Industriepolitik für Europa – Die EU als Standort industrieller Wertschöpfung zukunftsfähig machen.* Verfasst von Daniel Stahl. URL: <https://library.fes.de/pdf-files/managerkreis/11616.pdf>, Zugriff 20.4.2017.
- Holmes, Michael/Lightfoot, Simon (2014): *Limits of Consensus? The Party of European Socialists and the financial crisis.* In: Bailey, David, u.a. (Hg.) (2014): *European social democracy during the global economic crisis.* Manchester: 215-232. <https://doi.org/10.7765/9781847799357.00021>
- Merkel, Angela (2013): *Rede beim Weltwirtschaftsforum in Davos.* URL: bundeskanzlerin.de/bkin-de/aktuelles/rede-von-bundeskanzlerin-merkel-beim-jahrestreffen-2013-des-world-economic-forum-336072, Zugriff 15.4.2019.
- Miró Artigas, Joan (2017): *European integration, social democratic Europeanism and the competitiveness discourse: A neo-Poulantzian approach to discursive policy analysis.* In: *Palgrave Communications* 3/2017. <https://doi.org/10.1057/palcomms.2017.60>
- Parker, Owen/Pye, Robert (2018): *Mobilising social rights in EU economic governance: A pragmatic challenge to neoliberal Europe.* In: *Comparative European Politics* 16(5): 805-824. <https://doi.org/10.1057/s41295-017-0102-1>
- Pauly, Marcel (2018): *European Social Democracy Extinct?* In: *Social Europe Blog.* URL: social-europe.eu/pauly, Zugriff: 15.4.2019.
- PES (2014): *Towards a New Europe: The Manifesto of the Party of European Socialists*, 31.3., Brüssel.
- Pochet, Philippe (2017): *The European Pillar of Social Rights in historical perspective.* ETUI blog. URL: etui.org/News/The-European-Pillar-of-Social-Rights-in-historical-perspective, Zugriff 15.4.2019.
- Rat der Europäischen Union (2016): *Recommendation for a Council recommendation on the establishment of national productivity boards*, ECOFIN 590. Brüssel.
- Rasnača, Zane/Jagodziński, Romuald (2017): *Giving Juncker's Proposed European Labour Authority Real Clout*, ETUI blog. URL: etui.org/News/Giving-Juncker-s-Proposed-European-Labour-Authority-Real-Clout, Zugriff 15.4.2019.
- Ryner, Magnus (2014) *Why has the financial crisis not generated a social democratic alternative in Europe?* In: Bailey, David u.a. (2014): *European social democracy during the global economic crisis: Renovation or resignation?* Manchester: 60-76. <https://doi.org/10.7765/9781847799357.00011>
- Sablowski, Thomas (2012): *The global economic crisis: Impoverishing Europe*, In: *Global Research*, May 16.
- /Schneider, Etienne/Syrovatka, Felix (2018). *Zehn Jahre Krise.* In: *PROKLA* 48(192): 357-379. <https://doi.org/10.32387/prokla.v48i192.893>
- S&D (2010): *European competition policy. For social cohesion, quality of life and an efficient and dynamic economy.* URL: socialistsanddemocrats.eu/sites/default/files/1009_Comeptition_policy_EN_0.pdf, Zugriff 15.4.2019.

- (2017a): Entschließungsantrag eingereicht im Anschluss an die Anfrage zur mündlichen Beantwortung B8-0319/2017 gemäß Artikel 128 Absatz 5 der Geschäftsordnung zur Industriepolitik (2017/2732(RSP)). URL: www.europarl.europa.eu/doceo/document/B-8-2017-0445_DE.pdf, Zugriff 15.4.2019.
 - (2017b): *Position Paper. Security and defence – Foreign affairs, human rights, security & defence*. URL: socialistsanddemocrats.eu/sites/default/files/position_paper/Security%20%26%20defence_en_171108.pdf, Zugriff 15.4.2019.
 - (2019): *Eine faire Wirtschaft im Dienste der Menschen*. URL: socialistsanddemocrats.eu/de/what-we-stand-for/our-achievements/eine-faire-wirtschaft-im-dienste-der-menschen, Zugriff 15.4.2019.
- Schulz, Martin (2017): *Rede beim SPD-Bundesparteitag in Berlin*, 7. Dezember, // www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Reden/20171207_Rede_Schulz.pdf, Zugriff 15.4.2019.
- Seikel, Daniel (2016a): *The European Pillar of Social Rights – no 'social triple A' for Europe*. URL: socialeurope.eu/european-pillar-social-rights-no-social-triple-europe, Zugriff 15.4.2019.
- (2016b): Ein soziales und demokratisches Europa? Hindernisse und Handlungsperspektiven. *WSI-Mitteilungen* 69(1): 5-13. <https://doi.org/10.5771/0342-300X-2016-1-5>
- Stockhammer, Engelbert/Onaran, Özlem. (2012): Rethinking wage policy in the face of the Euro crisis. Implications of the wage-led demand regime. In: *International Review of Applied Economics* 26(2): 191-203. <https://doi.org/10.1080/02692171.2011.631903>
- Transform (2014): *Left Industrial Policy/Productive Transformation For Europe*, first report October 2014. URL: transform-network.net/fileadmin/_migrated/news_uploads/leftindustrialpolicy_14.pdf (Zugriff 24.07.2019).
- Wigger, Angela/Horn, Laura (2014): Uneven development and political resistance against EU austerity politics. In: Pradella, Lucia/Marois, Thomas (Hg.): *Polarizing Development. Alternatives to Neoliberalism and the Crisis*. London: 248-259.

Carmen Ludwig / Hendrik Simon / Alexander Wagner (Hrsg.)

Entgrenzte Arbeit, (un-)begrenzte Solidarität?

Bedingungen und Strategien gewerkschaftlichen Handelns im flexiblen Kapitalismus

2019 – 258 Seiten – 25,00 € – ISBN 978-3-89691-275-6

Carina Book / Nikolai Huke / Sebastian Klauke / Olaf Tietje (Hrsg.)

Alltägliche Grenzziehungen

Das Konzept der „imperialen Lebensweise“, Externalisierung und exklusive Solidarität

im Auftrag der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung

2019 – 270 Seiten – 25,00 € – ISBN 978-3-89691-273-2

Hanns Wienold

Indien heute

Die Armut bleibt unbesiegt

2019 – 268 Seiten – 29,00 € – ISBN 978-3-89691-279-4

